



**INSM**

Initiative  
Neue Soziale  
Marktwirtschaft

# Unsere Wirtschaft ist in Gefahr!

Sofortprogramm zur Rettung des  
Wirtschaftsstandorts Deutschland



Deutschland, Ex-Exportweltmeister. Wir sind das einzige OECD-Land, dessen Wirtschaft schrumpft. Heimische Unternehmen wandern ab, internationale Investoren bleiben fern. Der Standort Deutschland verliert rasant an Attraktivität. Deindustrialisierung ist keine mögliche Gefahr mehr — sie findet längst statt.

Die Lage ist ernst, die Politik muss das Ausmaß der Krise endlich begreifen und entschlossen handeln.

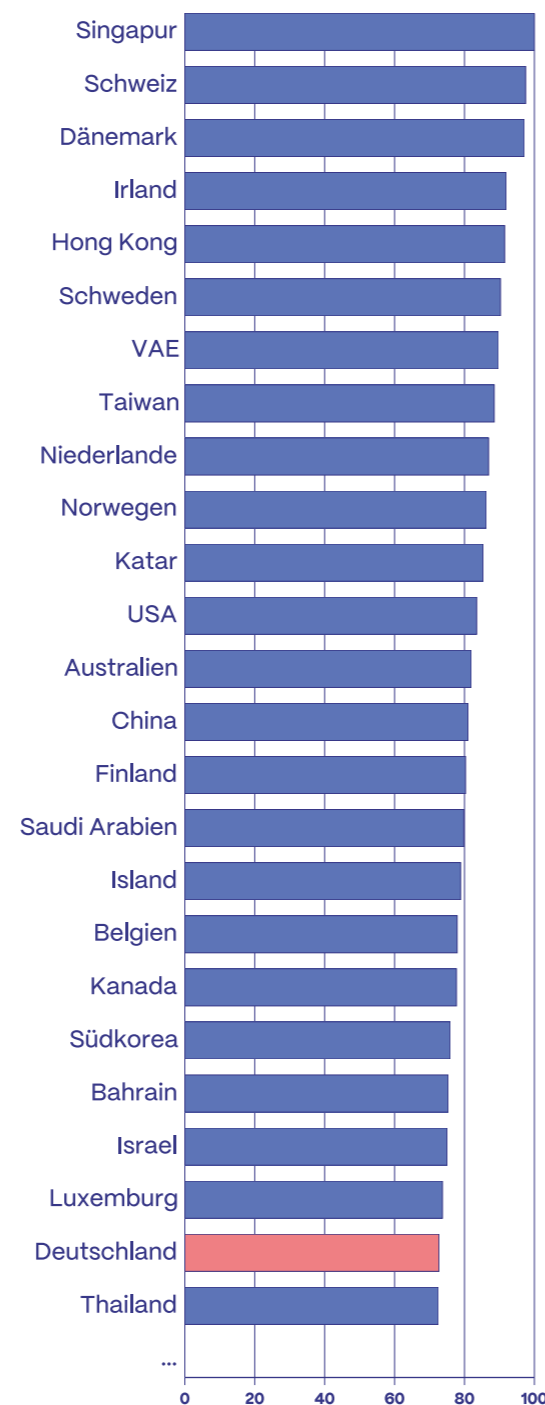
Es gilt, unsere **Konjunktur** wieder in Gang zu bringen. Denn der Blick in die Zahlen alarmiert uns. Im zweiten Jahr in Folge befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer Rezession. Deutschland verliert in allen Wettbewerbsfähigkeitsrankings, Unternehmen streichen Stellen und die Erwartungen für die Zukunft sind düster. Dem Märchen von Wohlstand ohne Wachstum müssen wir uns entschieden entgegenstellen.

Die Zeit arbeitet gegen uns: Die Regierung Scholz ist gescheitert. Mit Donald Trump ist ein Mann Präsident geworden, der das Fair Play des freien Marktes nur dann respektiert, wenn es seine nationale Agenda unterstreicht. Günstige Energie aus Russland ist keine Option mehr. Und aufstrebende Industrienationen wie China und Indien agieren immer selbstbewusster auf den globalen Märkten. All das macht es nicht leicht, jetzt das Ruder herumzureißen.

Uns ist klar: In Notlagen müssen wir Experten vertrauen. Deshalb haben wir mit Ökonomen gesprochen, mit Unternehmern, Verbänden und mit Politikern.

Herausgekommen sind **25 konkrete Maßnahmen**, um unseren Wirtschaftsstandort zu retten. Nicht irgendwann in der Zukunft. Sondern jetzt.

### World Competitiveness Ranking 2024 (Index 0–100) Top 25

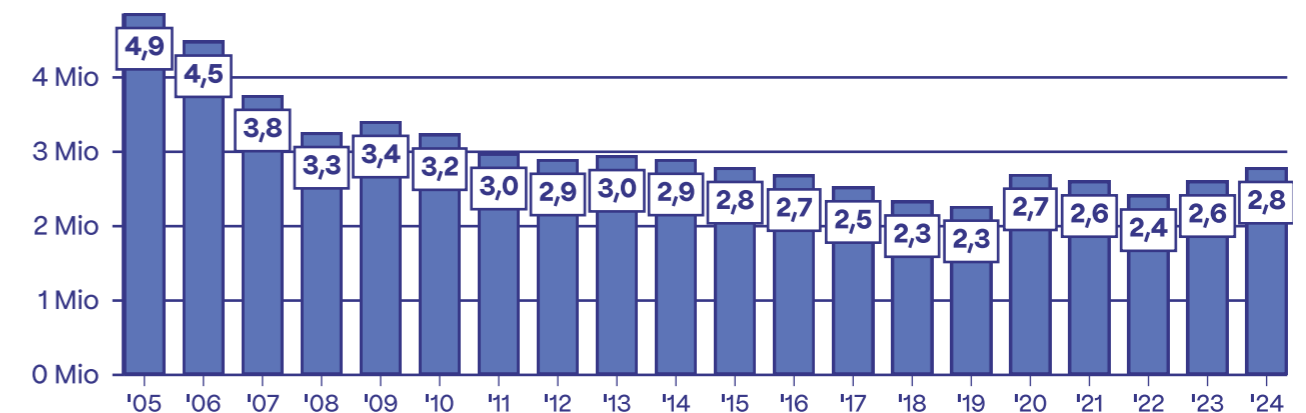


Quelle: Statista 2024

## Arbeit

Unser **Arbeitsmarkt** wird von beiden Seiten belastet: Auf der einen Seite drohen wir 2025, erstmals seit 10 Jahren, die Marke von 3 Millionen Arbeitslosen wieder zu überschreiten — eine extreme Belastung für Haushalt und Sozialkassen. Gleichzeitig wird der Mangel an Arbeits- und Fachkräften zur immer stärkeren Wachstumsbremse. Die Arbeitsmarktpolitik muss ihren Fokus „gute Arbeit für alle“ jetzt wieder finden. Zeit für entschlossene Maßnahmen, um beide Seiten — Arbeitslose und offene Stellen — wieder zusammenzubringen.

### Arbeitslosenzahl in Deutschland im Jahresdurchschnitt von 2005 bis 2024



Quelle: Statista 2024

### Jetzt handeln:

1. Überstunden ab der 40. Wochenstunde und Arbeitseinkommen von Rentnern bis zu 2.000 Euro im Monat müssen steuerfrei gestellt werden.
2. Das Arbeitszeitgesetz muss von täglicher auf wöchentliche Höchstarbeitszeit umgestellt werden.
3. Das Vorbeschäftigungsverbot muss befristet ausgesetzt werden.
4. Wir brauchen Erleichterungen bei der Fachkräftezuwanderung durch schnellere Anerkennung der Abschlüsse bzw. Verzicht auf Anerkennung bei höher bezahlten Fachkräften, für die die Unternehmen haften.
5. Das Bürgergeld muss abgeschafft werden und durch eine angemessene Grundsicherung ersetzt werden, die zum Arbeiten motiviert und nicht als bedingungsloses Grundeinkommen missbraucht werden kann.
6. Die Abschaffung der abschlagsfreien Rente mit 63 hilft dabei, wichtige Fachkräfte länger im Arbeitsmarkt zu halten.

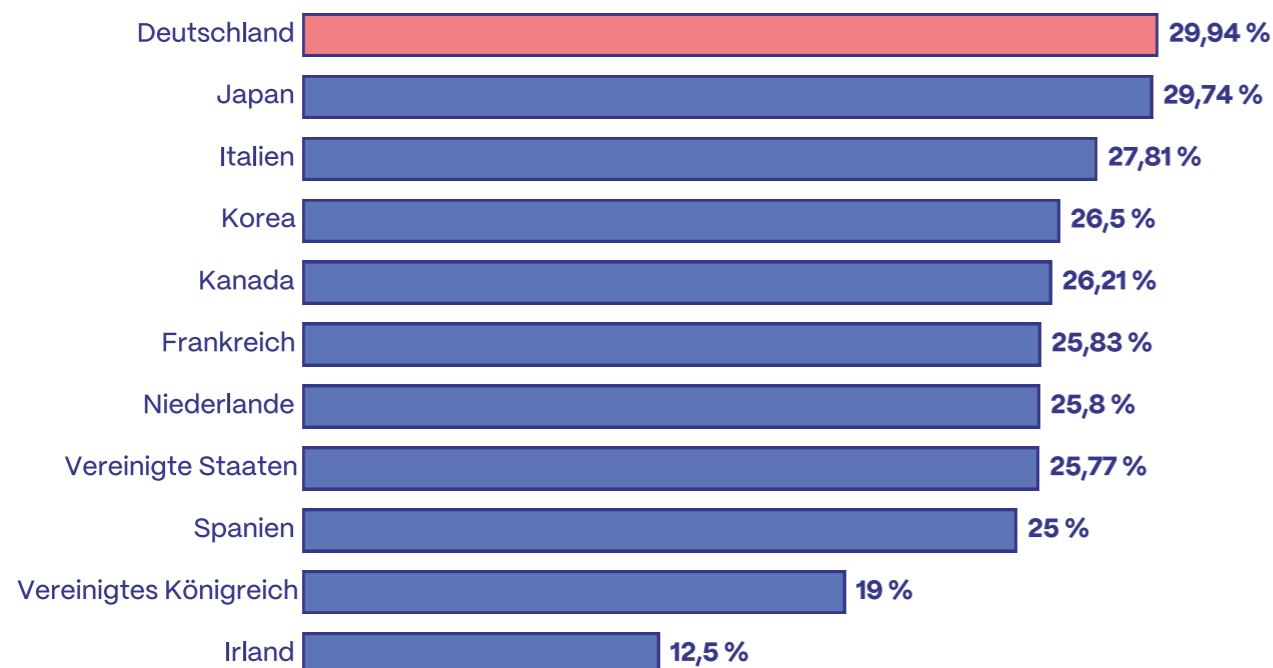
### Wie geht es dann weiter?

Den Arbeitsmarkt langfristig zu stabilisieren, muss ein Projekt für alle Politikfelder werden: So muss vor allem für Frauen durch bessere Betreuungsangebote der Weg aus der Teilzeit ermöglicht werden. Gleichzeitig wird auch nach der Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67, also nach 2030, eine moderate Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung unumgänglich sein, um notwendige Arbeitskräfte zu erhalten und die Rente demografiefest zu machen.

## Steuern und Finanzen

**Steuern** sind der Preis, mit dem Bürger und Unternehmen einen funktionierenden Staat finanzieren. Ohne sie gibt es keinen Sozialstaat, keine Sicherheit, keine Bildung. Aber gerade deswegen haben wir das Recht, dass die Politik verantwortungsvoll mit unserem Geld umgeht. Nur wenn die Belastung nicht zu hoch wird, entsteht wirtschaftliche Dynamik. Nur so wird Deutschland attraktiv für Investoren, die dann wieder zusätzliche Steuereinnahmen bringen. Es darf nicht sein, dass das letzte Ranking, in dem wir führend sind, die Steuerbelastung ist.

### Unternehmenssteuern in ausgewählten Ländern 2023



Quelle: Statista 2024

### Jetzt handeln:

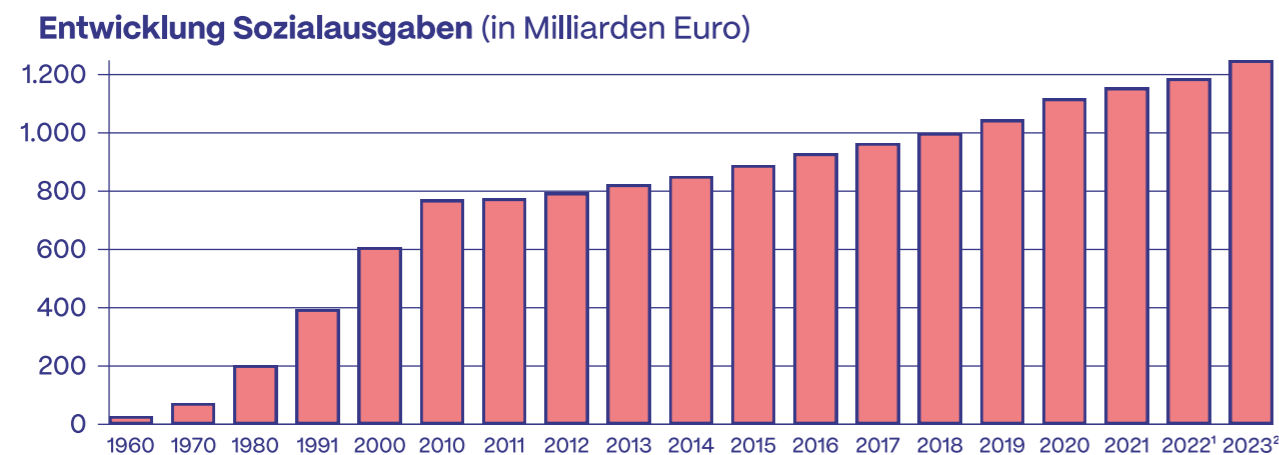
- Die Körperschaftssteuer für Unternehmen muss auf 10 Prozent gesenkt werden. Gemeinsam mit Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuern, darf eine Steuerbelastung von 25 Prozent nicht überschritten werden.
- Der Solidaritätszuschlag, den vor allem noch mittelständische Unternehmen und Freiberufler zahlen, muss vollständig abgeschafft werden.
- Der Investitionsanteil im nächsten Bundeshaushalt muss auf 15 Prozent steigen, um Deutschlands marode Infrastruktur fit für Wachstum und Zukunft zu machen.
- Wir brauchen eine Senkung der Kapitalertragssteuer auf 20 Prozent, für Privatanleger auf 15 Prozent, auch um mehr privates Kapital zu aktivieren.
- Wir brauchen auch weiter ein klares Bekenntnis zur Einhaltung der Schuldenbremse.

### Wie geht es dann weiter?

Auf diesen Grundsätzen und Sofortmaßnahmen muss dann im nächsten Schritt aufgebaut werden: Mittelfristig gilt es den Investitionsanteil im Bundeshaushalt auf 20 Prozent zu steigern. Im Rahmen einer umfassenden Einkommenssteuerreform müssen der Grundfreibetrag erhöht und der Mittelstandsbauch abgebaut werden. Der Spitzensteuersatz darf für Alleinstehende erst ab 120.000 Euro Jahreseinkommen gelten. Es muss eine grundlegende Aufgabenkritik für alle Bereiche des Bundes geben mit weiteren Privatisierungen und Wegfall bestimmter Aufgaben. Um diese Projekte zu finanzieren, muss es – neben der zu erwartenden wirtschaftlichen Dynamik – auch akute Einsparungen geben. Dazu dient unter anderem ein Personalabbau in Bundesbehörden, die Ersetzung des Bürgergelds durch eine Grundsicherung sowie die Zusammenlegung verschiedener Bundesministerien. Es muss eine grundlegende Aufgabenkritik für alle Bereiche des Bundes geben mit weiteren Privatisierungen und Wegfall bestimmter Aufgaben. Der unverhältnismäßige Personalaufwuchs an Ministeriumsbeamten in den letzten zwei Jahrzehnten wird rückgängig gemacht. Dabei hilft ein verbindlicher One-in-two-out-Ansatz.

## Soziales

Der deutsche **Sozialstaat** ist eine zentrale Errungenschaft der Sozialen Marktwirtschaft. Er gibt Sicherheit in Krisensituationen wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit. Er gewährleistet eine Grundversorgung im Alter und ermöglicht gleichzeitig, berufliche oder private Risiken einzugehen. Doch alle Sozialkassen stehen unter dem demografischen Druck und können nur noch mit massiven Steuerzuschüssen am Laufen gehalten werden — das Geld fehlt dabei für längst überfällige Investitionen. Um die Sozialversicherungen zu retten, müssen jetzt tiefgreifende Entscheidungen getroffen werden. Dabei muss die Politik anerkennen, dass sich die demografischen Probleme allenfalls mildern, nicht aber beseitigen lassen. Daher müssen Junge wie Alte ihren Beitrag leisten. Ziel muss sein, die Beiträge stabil und langfristig unter 40 Prozent zu halten.



Quelle: Statista 2024

### Jetzt handeln:

12. Grundrente, abschlagsfreie Rente ab 63 und Mütterrente müssen abgewickelt werden.
13. Die doppelte Haltelinie muss auslaufen, der Nachhaltigkeitsfaktor sowie Abschläge für einen verfrühten Renteneintritt müssen erhöht werden.
14. Um renditestärkere Anlageprodukte zu ermöglichen, muss die Beitragsgarantie bei staatlich geförderten privaten Altersvorsorgeprodukten abgeschafft werden.

### Wie geht es dann weiter?

Bei der **Rentenversicherung** führt kein Weg mehr an einer umfassenden Reform vorbei. Lässt sich kurzfristig, zum Beispiel über die Abschaffung versicherungsfremder Leistungen, wie der Mütterrente, oder wenigstens die vollständige Finanzierung dieser Leistungen über Steuermittel etwas Druck aus dem System nehmen, braucht es in der kommenden Legislatur eine echte Lösung. Die zusätzliche private Altersversorgung braucht einen Neustart. Sie muss so attraktiv gestaltet sein, dass ein Abdeckungsgrad von über 90 Prozent erreicht wird. Das Renteneintrittsalter muss auch nach 2030 an die steigende Lebenserwartung angepasst werden. Es wird nur dann eine Akzeptanz für die umfassenden Reformen bei der Alterssicherung geben, wenn das Pensionsprivileg für Beamte abgeschafft wird. Da es für alle bestehenden Beamtenverhältnisse Bestandsschutz gibt, darf es – außerhalb des sicherheitsrelevanten Kernbereichs der Verwaltung (vor allem Polizei, Justiz und Zoll) – keine neuen Verbeamtungen mehr geben. Auch Abgeordnete und Mitglieder der Bundesregierung sollen in die Rentenversicherung eingegliedert werden.

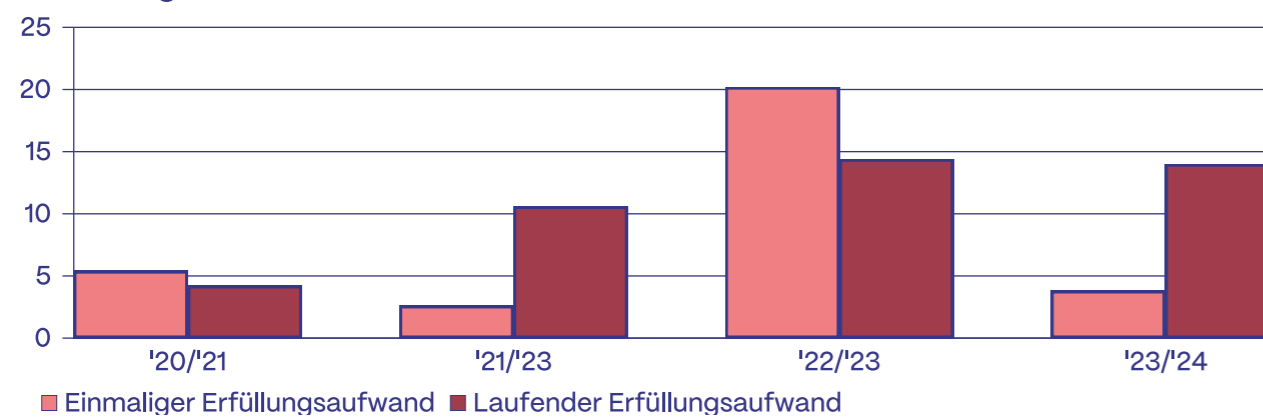
In der **Krankenversicherung** sprechen wir uns auch langfristig für den Erhalt des dualen Systems aus. Gleichzeitig muss das System deutlich effizienter werden. Gerade durch eine schlanke und digitalisierte Verwaltung und eine mögliche Zusammenlegung weiterer Krankenkassen können erhebliche Einsparungen bei gleicher oder besserer Versorgung erreicht werden. Durch eine Stärkung der Bedeutung privater Zusatzversicherungen gibt man den Versicherten selbst die Möglichkeit zu entscheiden, welchen bzw. ob sie einen umfassenderen – und damit teureren – Versicherungsschutz benötigen. Mehr Eigenverantwortung und Kostenbewusstsein wird dadurch erreicht, dass Versicherten die Kosten ihrer Behandlung transparent gemacht werden. Außerdem würden eine geringe pauschale Praxisgebühr pro Arztbesuch oder geringe Eigenanteile für alle medizinischen Leistungen helfen, Behandlungen auf das Notwendige zu beschränken.

Die **Pflegeversicherung** ist aktuell die Sozialversicherung mit der angespanntesten Finanzierungssituation. Hier muss ernst, aber undogmatisch ein Kompromiss gefunden werden. Eine einjährige Karenzzeit bei Beginn eines Pflegefalls zum Beispiel würde deutlich Druck aus dem System nehmen. Hingegen muss den Stimmen, die den Umbau hin zu einer Vollversicherung fordern, eine strikte Absage erteilt werden. Sie wäre unbezahlbar und eine weitere Bürde für die Beitragszahler. Stattdessen müssen zusätzliche Anreize für private/betriebliche Pflegeversicherungen geschaffen werden.

## Bürokratieabbau

**Bürokratie** und übermäßige Regulierung behindern das Funktionieren von Staat und Wirtschaft. Bürokratische Lasten haben ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht und sind inzwischen Standortnachteil Nr. 1 und Hauptinvestitionshindernis. Das zeigen alle aktuellen Umfragen bei Unternehmen. Das wird vor allem deutlich, wenn man auf den steigenden Erfüllungsaufwand blickt, dem sich Unternehmen und Bürger ausgesetzt sehen. Um Bürokratie wirksam abzubauen, müssen Strukturen im Gesetzgebungsverfahren geändert werden. Die Verwaltung muss schlanker, schneller und digitaler werden.

**Erfüllungsaufwand in der Wirtschaft** (in Milliarden Euro)



Quelle: Statista 2024

### Jetzt handeln:

15. Es braucht ein jährliches Bürokratieentlastungsgesetz, um mit den Erfahrungen des vorigen Gesetzes schnell weitere bürokratische Regelungen abzubauen. Dazu müssen im nächsten Bürokratieentlastungsgesetz mindestens 200 von den Verbänden vorgeschlagenen Bürokratieentlastungen kurzfristig umgesetzt werden.
16. Für alle Gesetzgebungsverfahren muss ein scharfes Belastungsmoratorium gelten. Eine One-in-two-out-Regel kann hier ein wichtiger Baustein sein.
17. Bevor ein wirtschaftsbelastender Referentenentwurf vom Bundeskabinett beschlossen wird, muss ein Praxischeck mit Vertretern von Unternehmen durchgeführt werden, die das Gesetz später anwenden müssen.
18. One-in-two-out auch für die Personalkörper: Für jede Neueinstellung müssen vorher zwei Beschäftigte ausgeschieden sein.
19. Jedes neu beschlossene Gesetz, das die Wirtschaft belastet, bekommt eine Auslaufklausel von maximal fünf Jahren mit der Pflicht zur vorherigen Evaluation des Gesetzes.

20. Die Zahl der Bundesministerien muss verringert werden. Das Entwicklungshilfeministerium wird aufgelöst und die Aufgaben zwischen Auswärtigem Amt und Wirtschaftsministerium aufgeteilt. Der Bereich Bau wird wieder ins Verkehrsministerium eingegliedert. Die Aufgaben des Familienministeriums übernehmen Innen-, Justiz- und Sozialministerium. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird aufgeteilt, der Bereich Arbeit wird dem Wirtschaftsressort zugeschlagen, der Bereich Soziales fusioniert mit dem Gesundheitsministerium. Der Bereich Klimaschutz wechselt vom Wirtschafts- ins Umweltministerium. Der Bereich Kultur erfährt eine Aufwertung und wird im Bereich Bildung und Forschung angesiedelt. Durch diese Umstrukturierung wird die Zahl der Bundesministerien von derzeit 15 auf dann 11 verringert, zugleich wird das Kanzleramt durch den Wegfall des Kulturbereichs schlanker. Damit werden die Aufgaben sinnvoller gebündelt und es werden Kosten gespart.
21. Es darf nur noch einen parlamentarischen Staatssekretär pro Bundesministerium geben. Das System der Beauftragten der Bundesregierung muss weitgehend abgeschafft werden. Es sollen im Regelfall die ohnehin zuständigen Abteilungs- oder Unterabteilungsleiter zugleich Beauftragte für bestimmte Themenbereiche sein.

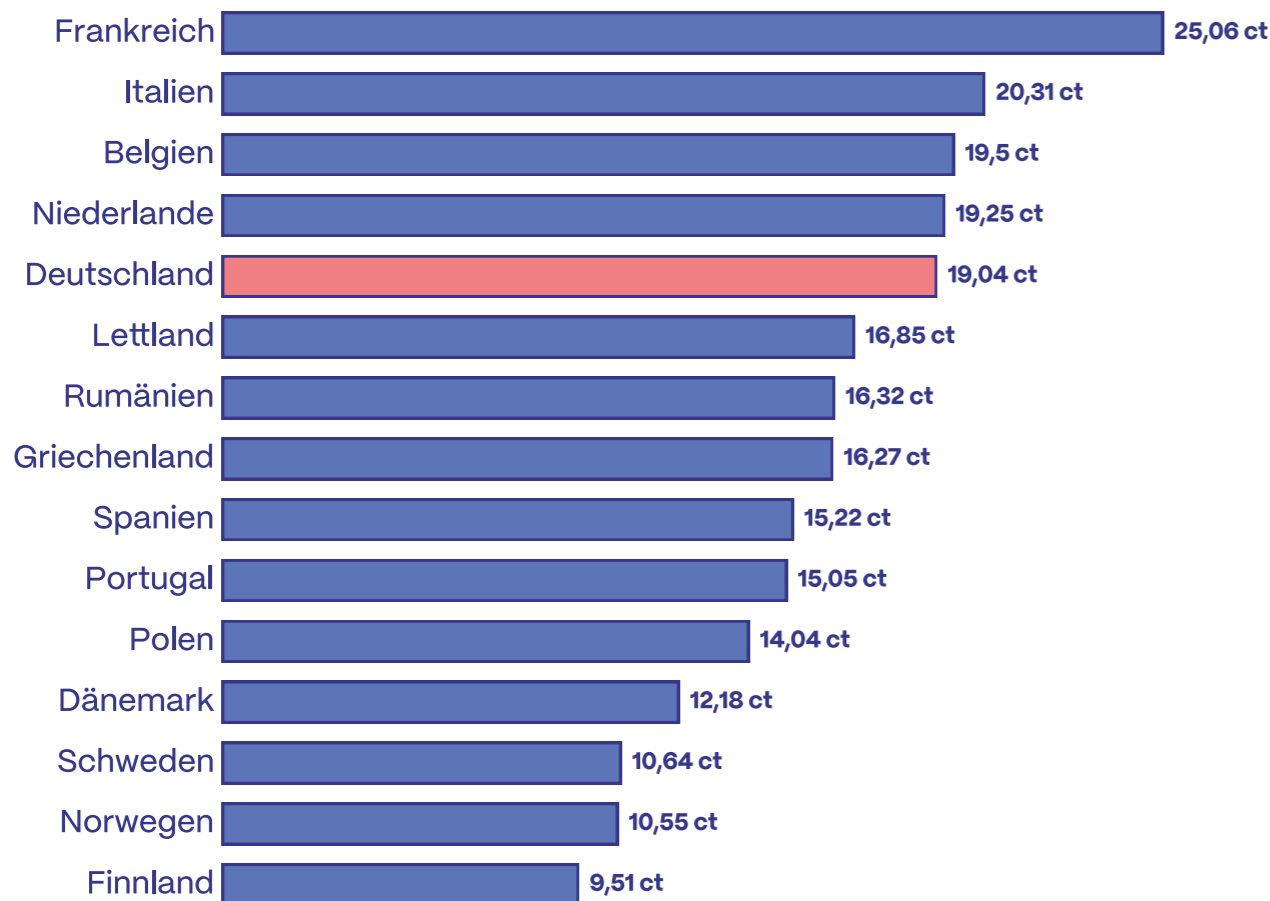
### Wie geht es dann weiter?

Bürokratie verschwindet nicht von heute auf morgen, das ist allen klar. Viel wichtiger ist es, schrittweise Bürokratiehemmnisse abzubauen und gleichzeitig das Problembewusstsein zu erhöhen. Der Normenkontrollrat braucht größere Befugnisse. Er muss zu einem Beauftragten des Bundestags für Bürokratieabbau, ähnlich dem Wehrbeauftragten, aufgewertet und mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestattet werden. Die ganze Mentalität im öffentlichen Dienst muss auf Ermöglichung im Sinne der Bürger und Unternehmen geändert werden. Für alle Direktkontakte der Bundesverwaltung mit Bürgern und Unternehmen soll es daher eine direkte elektronische „Kundenbewertung“ geben, um Schwachstellen im Prozess und nichtserviceorientierte Behandlung für die Mitarbeiter und deren Vorgesetzte sofort transparent zu machen. Die Ergebnisse sollen in Benchmarks veröffentlicht werden. Gescheiterte Projekte, wie das Onlinezugangsgesetz (OZG), zeigen uns, dass das Verhältnis von Bund und Ländern neu ausgehandelt werden muss. Plattformlösungen mit automatisierten Abläufen sollen eingeführt und digitale Standards bundesweit vereinheitlicht werden. Ein gesetzliches Recht auf digitale Behördendienstleistungen könnte den Druck erhöhen und so mittelfristig den Bürgern flächendeckenden Zugang zu digitalen Verwaltungsservices ermöglichen.

## Energie und Umwelt

Zwischen den Interessen von **Energiebedarf und Umwelt** abzuwägen, ist nicht leicht. Denn während der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß weiter steigt, belasten hohe Energiepreise Industrie und Haushalte. Deutschland allein kann das Weltklima nicht retten. Lange Zeit herrschte die Erzählung, wir können Vorreiter im globalen Klimaschutz werden und gleichzeitig unsere Industrie stärken. Die Folge war ein Wildwuchs an Einzelmaßnahmen, steuerpolitisches Mikromanagement und sich ständig ändernder Förderkulissen und Ge- und Verboten. Die Folge waren Unsicherheit und hohe Energiekosten. So wurde Deutschland zunehmend vom klimapolitischen Vorbild zum abschreckenden Beispiel.

### Strompreise für Industrie in ausgewählten europäischen Ländern 2023



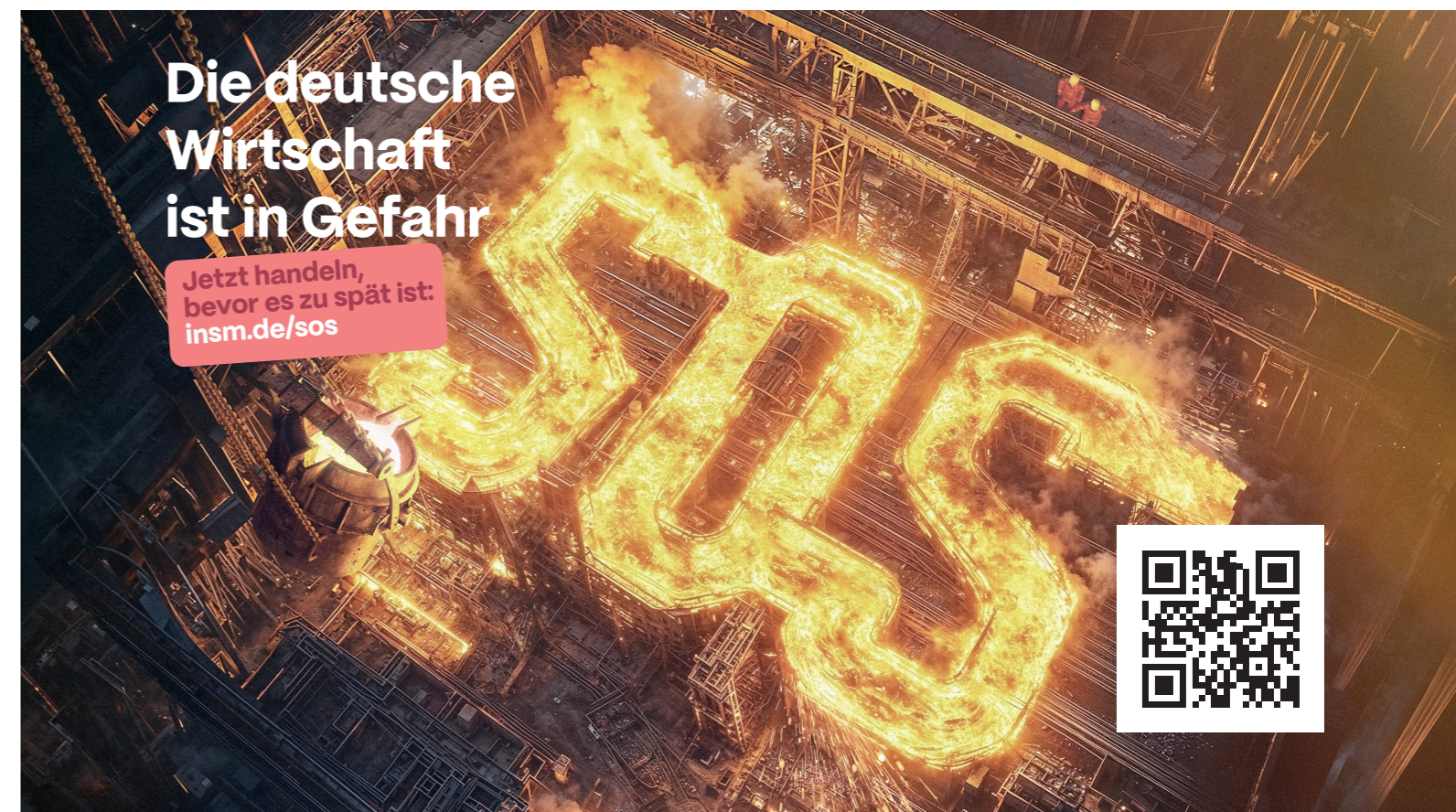
Quelle: Statista 2024

## Jetzt handeln:

22. Das Gebäudeenergiegesetz muss ersatzlos entfallen.
23. Die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung müssen vollständig über eine Senkung der Stromsteuer und Netzentgelte an die Bürger und Unternehmen zurückfließen. Der Klimatransformationsfonds kann insofern aufgelöst werden, indem er ausschließlich diesem Zweck zugeführt wird.
24. Abstandsregeln und Genehmigungsverfahren für den Ausbau erneuerbarer Energien müssen vereinfacht und bundesweit vereinheitlicht werden. Der Ausbau muss verpflichtend mit Speicherausbau verknüpft werden.
25. Die nationalen Klimaziele müssen zugunsten EU-weit einheitlicher Vorgaben weiterentwickelt werden.

### Wie geht es dann weiter?

Mittelfristig kann nur ein möglichst globaler CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit versöhnen. Er setzt einen Preis auf CO<sub>2</sub>-Ausstoß und garantiert durch eine politische Vorgabe der Zertifikateanzahl eine Reduktion der Emissionen. Ziel ist daher die globale Vernetzung der verschiedenen Emissionshandelssysteme, um eine einheitliche CO<sub>2</sub>-Bepreisung weltweit zu schaffen. Länder, die teilnehmen, müssen Handelsvorteile erhalten, etwa durch den Klima-Club der G7. Im gleichen Zug müssen die dann überflüssig gewordenen Einzelmaßnahmen, wie Verbote oder Subventionen, zurückgefahren werden.



## **Impressum**

### **Herausgeber:**

INSM Initiative neue Soziale Marktwirtschaft GmbH,  
Georgenstraße 22, 10117 Berlin

### **Geschäftsführer:**

Thorsten Alsleben

### **Projektleitung:**

Philipp Despot

### **Kontakt:**

info@insm.de

### **Redaktion:**

Dr. Patricia von Matuschka  
Philipp Despot  
Michael Weiss

### **Umsetzung:**

Lennart Briehl

### **Erstveröffentlichung:**

November 2024

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzung für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.



**INSM** Initiative  
Neue Soziale  
Marktwirtschaft